

Währungsbank auch dort eine Grundschuld erwirbt, wenn der Unternehmer auch Eigentümer eines dem Betriebe dienenden Grundstücks ist. Andersfalls hat der Unternehmer der Währungsbank eine Schuldverschreibung auf Goldmark lautend auszuhändigen, kann sich aber von dieser Belastung durch eine Leistung von Gold oder Devisen sofort befreien.

Das wesentlichste bei allen Währungsfinanzierungsplänen ist immer die Frage der Garantie gewesen. In der Diskussion der letzten Tage ist auf das warnende Beispiel der gleichfalls auf Hypotheken sich aufbauenden Schuldbeschreibungen der französischen Revolutionsfinanzierung aus dem Jahre 1794 hingewiesen worden, jenen „Mandats territoriaux“, die trotzdem die schließliche finanzielle Bankrottserklärung der französischen Währung nicht haben verhindern können. Dieser Gefahr kann nur dadurch begegnet werden, daß einmal natürlich diese deutsche Hypothekenschuld vor allen anderen Grundstücks- und Unternehmungsbelastungen rangiert, daß aber andererseits nun die Kapitalien der Währungsbank nicht ins unendliche heraufgehoben werden und damit eine neue Papierflut zu der alten kommt. Bekanntlich hat nun aber auch das deutsche Reich Frankreich gegenüber eine Belastung seiner Wirtschaft zum Zwecke der Reparationszahlungen zugesagt, die gleichfalls an erster Stelle stehen soll. Ihr hat die Grundschuld für die Währungsbank zu weichen, jedoch nicht über 12% des Verbeitrages.

Auf Grund des Bankkapitals von 2,4 Milliarden werden Rentenbriefe ausgestellt, die auf 500 Goldmark oder ein Vielfaches davon lauten und mit 5% verzinst werden. Diese stellen nun die banktechnische Deckung für die eigentliche Bodenmark dar; für jeden Rentenbrief darf aber nur die genaue entsprechende Zahl von Bodenmark ausgegeben werden. Diese Bodenmark muß also jederzeit gegen Rentenbrief einzulösen sein; außerdem ist sie, um sie zu einem handlichsen Zahlungsmittel zu gestalten, in hundert Bodenzentner eingeteilt, und sie entspricht dem Wert von 0,358 Gramm Feingold.

Die Aufgabe der Bank ist eine Übergangsmahnahme. Immer ist mit Recht betont worden, daß sich eine wirkliche Währungsfinanzierung nur ermöglichen läßt, wenn auch der Reichschat balanciert wird. Zu diesem Zweck stellt die neue Währungsbank dem Reiche neue, auf Bodenmark lautende und in Goldmark verzinsliche Darlehen bis zum Höchstbetrage von zwei Milliarden zur Verfügung, und zwar sofort 300 Millionen. Diese letzteren sollen nun dazu dienen, die bei der Reichsbank diskontierten Schatzanweisungen des Reiches einzulösen. Auf Grund dieser Reichsschatzanweisungen hat die Reichsbank unser Papiergeld ausgegeben, und sie ist verpflichtet, nun mit Hilfe der ihr zustehenden Summe von 300 Millionen Bodenmark eine möglichst große Summe des Notenumlaufes einzulösen. Um die darauf einsetzende Spekulation mit der Papiermark sofort zu verhindern, wird von der Regierung in Einvernehmen mit der Reichsbank und der Währungsbank bestimmt, in welchem Verhältnis die Einlösung der Papiermark gegen die Bodenmark zu erfolgen hat, also wie viel Papiermark für eine Bodenmark zu zahlen sind. Gegebenenfalls wird übrigens der Dreihundert-Millionen-Kredit noch erhöht. Gesetzliches Zahlungsmittel ist ab 500 Bodenmark dieses neue Zahlungsmittel, dagegen bei Beträgen bis zu dieser Summe die Reichsbanknote oder ein Ersparungsmittel dafür.

Das praktische Nebeneinander von Devisen-, Bodenmark- und Papiermarkzahlung erschwert die währungsrechtliche Situation zweifellos ganz außerordentlich. Vielleicht wird sie dadurch etwas vereinfacht, daß auch im Ausland die neue Bodenmark als Zahlungsmittel angenommen wird und damit Devisen für den wirtschaftlichen Bedarf des Reiches und der Privatwirtschaft flüssig macht. Gewiß ist das Ganze ein Experiment, aber wie sind nachher in einer Lage, die uns zwingt, nicht mehr zu überlegen, wie etwas geschehen soll, was uns aus unserer Währungskaufkraft rettet, sondern uns nur blünderweise entschließen müssen, daß überhaupt etwas geschieht.

Vor schweren Entscheidungen.

Die Ministerpräsidenten nach Berlin berufen. Die nächsten Tage werden für das Reichskabinett eine Reihe äußerst schwerwiegender Entscheidungen bringen.

Flammen.

Roman von Hans Schulze.

Stumm gingen sie einige Minuten nebeneinander her, ein jeder mit seinen Gedanken beschäftigt. Der Zauber des Abends spann seine Kreise. Juwelen glühten es schlief im Holz. Ein Wildtaubenpaar zog zu Nest. Dann wieder Stille. Und nur aus weiter Ferne lang wie die Stimme dieser Stille der schwache, eintönige Ruf eines Rudels. — — — Da wich der Park auf einmal wie ein Vorhang auseinander.

Ein Wiesengrund breitete sich zur Rechten, eine üppige Wildnis mit bunten Blumeninseln in dem kniehohen Gras. Dahinter zwischen uralten Bäumen wie ein verwunschenes Schloßchen der langgestreckte, einstöckige Vorbau des Kavalleriehauses, gelb getüncht und mit grünen Fensterräden, bis zu den Siebeldemantillen mit wildem Wein und Kletterrosen eingespinnen.

Ein einsamer Pfad stolzierte majestätisch auf dem weißen Sande des Vorplatzes hin und her. Das metallene Blau seiner Brust leuchtete. Träge und federlos schwanke er zur Seite, als die beiden Wanderer jetzt den Wiesengrund entlang kamen und die kleine Freitreppe zum Eingangsport emporkletterten. „Hier haben Sie Ihr künftiges Reich“, sagte die Baronin und schob einen großen, geschweiften Schlüssel in das reichgegliederte Schloß der schweren, eisengeschmiedeten Haustür. „Ein Vertreter meines verstorbenen Gatten hat hier lange gehaust, ein etwas menschenscheuer Sonderling, ein Maler und Weltentummler, der endlich in Pahlowitz seine letzte Ruhestätte gesucht und gefunden hat.“

Sie traten in den kleinen Porzellan, eine tempelartige Rundhalle in hellen, duftigen Farben mit einer zierlichen Girlandendeckung unterhalb des Gesimses. Ein gedämpftes Licht fiel durch eine große Stuckrose von der Deckenmitte auf das bunte Steinmosaik des Fußbodens, und zwischen den moßigen Baubügeln zweier Meerbeerbäume glühte ein Wäddentorso aus parischem Marmor. Daneben öffnete sich das Arbeitszimmer, ein modern gehaltener Raum, mit schweren Ledermöbeln und einem rie-

Dollar: 21. Sep.: 109 725 000 — 110 275 000 M.
Dollar: 24. Sep.: 146 632 500 — 147 367 500 M.

Es handelt sich um die Frage:

Kuhpolitik und passiver Widerstand.

Man wird zu beschließen haben, unter welchen Voraussetzungen der passive Widerstand eingeführt und Verhandlungen mit Frankreich über die Kuhfrage begonnen werden können. Die Meinung der Reichsregierung ist bekannt, aber sie will ihre Entschlüsse nur im Einvernehmen mit den Vertretern der Länder und vor allem des besetzten Gebietes selbst treffen. Deshalb werden am Montag oder Dienstag in Berlin die Ministerpräsidenten der deutschen Länder zu einer Besprechung mit dem Reichskabinett zusammenzutreten, an der auch Vertreter der besetzten Gebiete teilnehmen werden. Es wird dabei der Stand des Kuhkonflikts im Mittelpunkt der Erörterungen stehen, und es ist anzunehmen, daß der Reichskanzler Verhandlungen aufnehmen wird, den tatsächlichen Stand der Dinge darzulegen. In maßgebender Stelle in Berlin ist man überzeugt, daß auch in Frankreich keine verantwortungsvolle Meinung nach einer anderen Richtung gehen kann als dahin, daß ohne die Wiederherstellung der deutschen Souveränität über die besetzten Gebiete, des normalen Rechtszustandes und der Arbeitsfreiheit eine Wiederkehr der vollen früheren produktiven Tätigkeit im Ruhrgebiet nicht möglich sein würde.

So wird unter keinen Umständen die Entscheidung eine Kapitulation bedeuten, die das Rheinland und das Ruhrgebiet aufgeben würde.

Die Bemühungen des Kabinetts Stresemann, eine tragbare Form für die Beilegung des Kuhkonflikts zu finden, haben bei Poincaré bisher nicht die vernünftige Anerkennung gefunden, die man hätte erwarten können. Er hat die deutsche Regierung zuletzt recht offiziell wissen lassen, daß er zu Verhandlungen nur unter der Voraussetzung eines vorhergehenden förmlichen Verzichts auf den passiven Widerstand bereit sei, und damit die Schritte durchkreuzt, die von den verschiedensten und zweifellos beiden Seiten wohlmeinenden Stellen unternommen worden sind. Neben den mehr formellen und dadurch zu Mißerfolg verurteilten Bemühungen laufen freilich die Verhandlungen weiter, die auf direktem Wege Fäden zur Verständigung angezogen hatten, so daß von einem Abbruch der Besprechungen nicht gesprochen werden kann.

Stresemann für die Verständigung.

Reichskanzler Dr. Stresemann hat dem Vertreter der „Nationalen“ in Berlin gegenüber erklärt, daß er für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich arbeiten wolle. Deutschland sei bereit, alle produktiven Pfländer zu geben, die ihm zur Verfügung ständen. Das endgültige Ziel sei, Deutschland zur Freiheit zu führen. Nach Deutschlands nächster Zukunft betragt, erklärte der Reichskanzler: „Wir sind ein zerrüttetes Land, ein bedrücktes Volk, aber kein zusammengebrochenes Volk. Es bezeugt, aber nicht gebrochen, warten wir der Zukunft.“

Die endgültige Abgabe.

„Die Deutschen haben kapituliert und ihre Niederlage anerkannt.“

Paris, 23. Sept. Im Priesterwalde hielt heute nachmittag Ministerpräsident Poincaré seine dritte Rede. Er führte darin aus, die Deutschen hätten kapituliert und ihre Niederlage anerkannt. Ihr Versuch, sich den Folgen zu entziehen und Frankreich die Früchte seines Sieges zu entreißen, werde misslingen. Es sei Zeit, daß die Deutschen erfüllten, damit die französischen Dörfer wieder aus den Ruinen erständen. Frankreich habe innerhalb der Grenzen des Vertrages entsprechend den Feststellungen der Reparationskommission Maßnahmen ergriffen. Frankreich habe durchgehalten, ohne zu schwanken. Dafür hätten in Deutschland die Männer und die Taktik gewechselt. Es habe sich mehr Geschicklichkeit, auch, wie er hoffe, mehr Aufrichtigkeit gezeigt, dennoch aber kein Verständnis für den französischen Standpunkt. Die Alliierten seien die Sieger, sie seien jedoch die wirklichen Kriegesopfer geblieben. Dieser Widerpruch müsse ein Ende finden. Deutschland müsse den Willen haben, seine Unaufrichtigkeit abzulegen.

Poincaré legte weiter dar: In einigen Wochen werde die deutsche Regierung den Widerstand nicht mehr begreifen können, und selbst wenn er länger anhalten würde, werde er dennoch zusammenbrechen. Es bleibe also nur übrig, festzustellen, daß der Widerstand nicht mehr dem Willen der Bevölkerung entspreche und daß diejenigen, die ihn angeordnet hätten, ihn zurückziehen müßten. Man wolle indessen Frankreich Vorteile entreißen, die eine Verleugnung seiner Politik bedeuteten, um sagen zu können, man habe Frankreich zum Nachgeben gebracht. Dieses Mandat sei zu plump. Auch die Aussicht auf Anarchie im Herzen Europas könne Frankreich nicht schrecken. Man wolle indes in Frankreich aufrichtig, daß Deutschland solche düsteren Vorhersagen widerrufen könne. Es habe die alte Disziplin beibehalten und sei durch seine traditionelle Begabung für wirtschaftliche Organisation wohl in der Lage, sich wieder aufzurichten. Frankreich verlange nicht mehr als die lokale Erfüllung des Friedensvertrages. Es sei an der Regelung mehr interessiert als irgend jemand, aber es wolle nicht die Kosten dafür tragen.

Frankreich sei bereit, zu einem Ende zu kommen, ebenso wie Deutschland und die Alliierten. Deutschland müsse aber zuerst mit dem passiven Widerstand ein Ende machen. Es müsse mit der Stellung von Vorbedingungen aufhören, denn Frankreich nehme keine Bedingungen an. Frankreich halte sich an die Protokolle von Brüssel, an sein Gelddruck und an seine öffentlichen Erklärungen. Dem habe es nichts hinzuzufügen und von dem habe es nichts wegzunehmen.

Die Sanktionen für Essen.

Stellungnahme der Reichsregierung.

Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, ist der Stadt Essen ein Befehl zugegangen, nach welchem General Jacquemot wegen des angeblichen Sabotageaktes auf der Bahnstrecke Müntenscheid-Geissen-Wülheim vom 22. September, 6 Uhr morgens, ab für acht Tage in den Kreisen Essen-Stadt und -Land und für vier Tage in den übrigen, der 77. Division unterstellten Gebieten den Verkehr der Straßenbahnen verbietet. Ferner wird jeder Verkehr von Lastkraftwagen verboten, mit Ausnahme derjenigen, die Lebensmittel und Medikamente befördern, sowie der Verkehr von Personenkraftwagen und Fahrrädern, mit Ausnahme derjenigen, denen Erlaubnisbescheinigungen ausgestellt sind. Diese Maßnahme bedeutet die Unterbrechung sämtlicher Verbindungen aus Essen nach den andern Städten und eine sehr starke Beschränkung des Verkehrs in der inneren Stadt.

Die Reichsregierung läßt mitteilen, wenn die Nachrichten über das Sympngententat sich bewahrheiten und Deutsche daran beteiligt sind, so bestreite kein Zweifel, daß die Reichsregierung dieses Attentat, ebenso wie in früheren Fällen, verurteilt und bereit ist, bei Aufklärung des Tatbestandes mitzuwirken.

Neue Geldräubereien.

In Koiserlautern erschien in der Kammergarthensmühle ein französischer Kriminalbeamter und verlangte die Erlaubnis des Ressors. Er nahm die Summe von 350 Milliarden Mark mit. Ferner nahmen französische Kriminalbeamte mehrere Postkutschen der Ruhrpostamtstrasse von 250 Milliarden Weg und beschlagnahmten von einem vor dem Kreisbause haltenden Wagen 1,5 Billionen Reichsmark des Landkreises.

Die rheinische Notgeldverordnung.

Die Rheinische Kommission hat, wie oben aus Koblenz meldet, die seit langer Zeit erwartete Notgeldverordnung genehmigt, die sofort in Kraft tritt. In der Verordnung wird behauptet, daß die regellose Ausgabe von Notgeld durch Gemeinden, Banken, Industriezweige und sogar durch Privatpersonen die Interessen der Befugnisbewerber und der Rheinisch-Kommission gefährde.

Deutschland und der Völkerbund.

Teilnahme am Garantiepakt.

Der aufsehenerregende Beschluß der dritten Völkerbunds-Kommission, die Beteiligung Deutschlands am allgemeinen Schutzpakt vorzuschlagen, wird wenig erörtert. In den Kreisen des Quai d'Orsay scheint man den Beschluß nicht „tragisch“ zu nehmen. Man bemerkt, Frankreich habe versucht, den nach seiner Ansicht „verpflichteten“ Beschluß zu verhindern, aber die Mehrheit der Kommission habe eben anders verurteilt. Das „Echo de

Alsleben nickte zustimmend.

Alsleben und die Baronin verließen das Haus und gingen wieder durch den Wälderwald der tauigen Wiese, aus der jetzt ein tausendstimmiges Heimgelächter in den Abendfrieden emporklang.

Eine seltsam weiche Stimmung schwang zwischen ihnen, eine hoffende Unruhe, die Ziel und keinen Namen hatte. Sie doch mit einer stillen leise poßenden Glückssehnsucht erfüllte.

Da klang auf einmal ein Lachen von der Buchenallee herüber.

Alsleben suchte zusammen. Der Zauber war verflogen und die Welt nun wieder wie überall. Unwillkürlich beschleunigte er seinen Schritt.

In diesem Augenblick bog eine unsichtbare Hand ein Spiräengebüsch an einer Wegebiegung unhörbar zur Seite. Das schöne Gesicht hellas tauchte in der Blätterwildnis auf. Ein seltsam verzerrter Zug lag um den feinen Mund, als sie jetzt vorsichtig um einen Buchenstamm spähte und mit einem langen, hagerfalten Bild das Bild der beiden hohen, schlanken Gestalten umfaßte. — — —

Fünftes Kapitel.

Nekentzins waren gleich nach dem Abendbrot abgehahren.

Die Freifrau war eine Fräulein, die am liebsten mit den Hühnern schlafen ging und während des ganzen Sommers aus ihrem Gut kein Petroleum duldete; auch war die Strohfederbegeisterung ihres Gatten für die schöne Gesellschaftlerin keineswegs verborgen geblieben und nur die Gegenwart ihrer beiden Söhne hatte sie verhindert, schon beim Besteigen der alten Schönwalder Familientafelrunde mit der unvermeidlichen Strafpredigt zu beginnen.

Alsleben, der mit dem Freiherrn noch einmal nach den Ställen gegangen war, hatte dem Nekentzinschen Wagen noch eine Strecke Weges das Geleit gegeben und war von dem „alten Blücher“, der sein ruhiges, bestimmtes Wesen wohlwollend hatte, sehr dringlich zu einem baldigen Besuche auf Schönwalde eingeladen worden.

Als er über den feiertäglich stillen Hof wieder nach dem Park zurückkam, lag auf den verlassenen Rasenstückungen schon das erste rote Dämmerlicht der Frühnacht.

(Fortsetzung folgt.)